

BGH, Urteil vom 23.05.2006, AZ: VI ZR 192/05

Zur fiktiven Abrechnung und zum Nachweis des so genannten Integritätsinteresses

Leitsatz/ Leitsätze

Der Geschädigte kann zum Ausgleich des durch einen Unfall verursachten Fahrzeugschadens, der den Wiederbeschaffungswert nicht übersteigt, die vom Sachverständigen geschätzten Reparaturkosten bis zur Höhe des Wiederbeschaffungswerts ohne Abzug des Restwerts verlangen, wenn er das Fahrzeug – gegebenenfalls unrepariert – mindestens sechs Monate nach dem Unfall weiter nutzt (Fortführung von BGHZ 154, 395 ff.).

Aus den Gründen:

2a Der erkennende Senat hat im Urteil vom 29. April 2003 – VI ZR 393/02 – BGHZ 154, 395 ff. entschieden, dass der Geschädigte zum Ausgleich des durch einen Unfall verursachten Fahrzeugschadens, der den Wiederbeschaffungswert nicht übersteigt, die vom Sachverständigen geschätzten Reparaturkosten bis zur Höhe des Wiederbeschaffungswertes ohne Abzug des Restwerts verlangen kann, wenn er das Fahrzeug tatsächlich reparieren lässt und weiter benutzt, ohne dass es auf Qualität und Umfang der Reparatur ankommt. Im damaligen Fall hatte der Geschädigte seinen PKW repariert, um ihn weiter zu nutzen. Die Frage, ob in jedem Fall repariert werden muss, stellte sich deshalb nicht. Daraus kann aber nicht entnommen werden, dass der Geschädigte generell zur Reparatur verpflichtet sei, wenn er den erforderlichen Reparaturaufwand verlangt. **Es ist nunmehr klarzustellen, dass für den Anspruch auf die fiktiven Reparaturkosten ohne Berücksichtigung des Restwerts entscheidend ist, dass der Geschädigte das Fahrzeug weiter nutzt, sei es auch in beschädigtem, aber noch verkehrstauglichem Zustand. Er kann es nach allgemeinen schadensrechtlichen Grundsätzen unrepariert weiternutzen und den zur Wiederherstellung erforderlichen Geldbetrag anderweitig verwenden. Im Fall der Weiternutzung stellt der Restwert, wenn und solange der Geschädigte ihn nicht realisiert, lediglich einen hypothetischen Rechnungsposten dar, der sich der Schadensbilanz nicht niederschlagen darf (vgl. Senatsurteil BGHZ 154, 395, 397 f. m.w.N.)**

2b Dem kann nicht entgegengehalten werden, dass der Geschädigte durch die bloße Weiternutzung des Fahrzeugs nur sein Interesse an der Mobilität zum Ausdruck bringe und dieses Interesse in vergleichbarer Weise auch durch eine Ersatzbeschaffung befriedigt werden könne. Dabei bliebe die Ersetzungsbefugnis des Geschädigten nach § 249 Abs. 2 Satz 1 BGB außer Betracht, nach der er zwischen den beiden Möglichkeiten der Naturalrestitution (Reparaturkostenersatz oder Kosten für ein gleichwertiges Ersatzfahrzeug) grundsätzlich frei wählen kann. Auch steht es dem Geschädigten aufgrund seiner Dispositionsfreiheit grundsätzlich frei, ob er den zur Wiederherstellung erforderlichen Betrag nach dessen Zahlung wirklich diesem Zweck zuführen oder anderweitig verwenden will. Selbst wenn er von vornherein nicht die Absicht hat, die der Berechnung seines Anspruchs zugrunde gelegte Wiederherstellung zu veranlassen, sondern sich anderweit behelfen oder die Entschädigungszahlung überhaupt einem sachfremden Zweck zuführen will, kann der Geschädigte Ersatz der zur Behebung des Schadens erforderlichen Reparaturkosten verlangen. Der Wille des Geschädigten zur Reparatur kann nicht zur Voraussetzung für den Anspruch auf Zahlung des zur Instandsetzung erforderlichen Geldbetrags erhoben werden (vgl. Senatsurteil BGHZ 66, 239, 241). Der in der Reparaturbedürftigkeit zum Ausdruck gekommenen Einbuße, die sich im Vermögen des Geschädigten niedergeschlagen hat, steht die Zahlung der für die Reparatur erforderlichen Geldmittel gegenüber. Ob diese tatsächlich für eine Instandsetzung eingesetzt werden, liegt in der Disposition des Geschädigten (vgl. Senatsurteil BGHZ 66, 239, 244 f.).

3. Von einer Weiternutzung des Fahrzeugs im Sinn der oben zu 2. a) dargelegten Rechtsprechung des Senats kann allerdings dann nicht die Rede sein, wenn der Geschädigte das Fahrzeug nach dem Unfall alsbald veräußert. Dann nämlich gibt er sein Integritätsinteresse auf und realisiert durch den Verkauf den Restwert seines Fahrzeugs mit der Folge, dass er sich diesen grundsätzlich anrechnen lassen muss (vgl. Senatsurteil vom 7. Juni 2005 – VI ZR 192/04 – VersR 1258, 1258 f.). Da er am Schadenfall nicht verdienen darf, ist einem solchen Fall sein Anspruch der Höhe nach durch Kosten der Ersatzbeschaffung begrenzt (vgl. Senatsurteile BGHZ 66, 239, 247; vom 5. März 1985 – VI ZR 204/83 – VersR 1985, 593 und vom 7. Juni 2005 – VI ZR 192/04 –aaO).

Deshalb stellt sich die Frage, wie lange der Geschädigte das Fahrzeug nach dem Unfall nutzen muss, um ein nachhaltiges Interesse an dessen Weiternutzung zum Ausdruck zu bringen. Diese Frage wird vom erkennenden Senat nach Abwägung der beiderseitigen Interessen zur Erleichterung einer praktikablen Schadensabwicklung dahin beantwortet, dass im Regelfall ein Zeitraum von sechs Monaten erforderlich, aber auch ausreichend ist. Bei einer so langen Weiternutzung wird nämlich im allgemeinen ein ernsthaftes Interesse des Geschädigten an der Weiternutzung, das einem Abzug des Restwerts nach den oben dargelegten Grundsätzen entgegensteht, nicht verneint werden können. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass eine längere Frist für die Möglichkeit einer Abrechnung mit Abzug des Restwerts den Schädiger und seinen Versicherer begünstigen bzw. zur Verzögerung der Abrechnung veranlassen könnte und von daher dem Geschädigten nicht zumutbar wäre. Deshalb erscheint in der Regel ein Zeitraum von sechs Monaten als angemessen, wenn nicht besondere Umstände ausnahmsweise eine andere Beurteilung rechtfertigen. ...

Anmerkung:

In dem zu entscheidenden Fall lagen die kalkulierten Reparaturkosten unterhalb des Wiederbeschaffungswertes. Der Geschädigte nutzte das beschädigte Fahrzeug weiter und veräußerte es in unrepariertem Zustand nach weiteren vier Monaten.

Zuerst einmal stellt der Bundesgerichtshof klar, dass der Geschädigte auf Grundlage der Bundesgerichtshofentscheidung vom 29.04.2003 (Karosseriebaumeisterentscheidung) berechtigt ist, vollen Reparaturkostenersatz zu verlangen, auch wenn er das Fahrzeug nicht oder nur teilweise instand setzt, wenn er sein besonderes Integritätsinteresse durch weitere Nutzung des Fahrzeuges nachweist. Einzige Voraussetzung ist die Wiederherstellung der Betriebs- und Verkehrssicherheit des Fahrzeuges.

Mit der neuen Entscheidung schränkt der Bundesgerichtshof seine Rechtsprechung wieder deutlich ein, da er an das so genannte Integritätsinteresse hohe Anforderungen stellt. Wörtlich führt der Bundesgerichtshof aus, dass in der Regel zum Nachweis des Integritätsinteresses eine weitere Nutzung im Regelfall von sechs Monaten erforderlich und ausreichend sei.

In der Literatur wurde bislang die Auffassung vertreten, dass ein Zeitraum von mindestens einem Monat anzusetzen ist, aufbauend auf Entscheidungen zur so genannten 130 %-Grenze. Vorliegend bewegen sich die Reparaturkosten unterhalb des Wiederbeschaffungswertes, doch ist nicht ohne weiteres ersichtlich, warum hier andere Fristen gelten sollen wie im Rahmen der 130 %-Grenze.

Die Entscheidung wird in der Praxis viele Probleme aufwerfen, da der Bundesgerichtshof selbst die vorgenannte Sechsmonatsfrist durch den Hinweis, dass besondere Umstände ausnahmsweise eine andere Beurteilung rechtfertigen würden, wieder einschränkt.

Eine derartige andere Beurteilung könnte beispielsweise dann zum Tragen kommen, wenn sich der Geschädigte aufgrund besonderer Finanzierungsbedingungen oder aufgrund eines besonderen Modells entschließt, sein Fahrzeug zu veräußern und ein anderes Fahrzeug zu erwerben.

Hier wird es jedoch darauf ankommen, dass der Geschädigte diese besonderen Umstände detailliert vorträgt.

Insgesamt kann jedoch festgehalten werden, dass die Rechtsprechung zum so genannten Integritätsinteresse mit dieser Entscheidung in Bewegung geraten ist. Es bleibt nun abzuwarten, wie der Bundesgerichtshof das Integritätsinteresse im Rahmen der 130 %-Grenze bewertet.